
GEMEINDERATSSITZUNG GR2014-Nr. 37

vom 16.01.2017

öffentlich

Anwesend:	1. Bürgermeister:	Klaus Vosberg
	2. Stellvertreter:	Albert Rees
	3. Gemeinderäte:	Peter Geisenberger Fridolin Gutmann Tobias Jautz Julia Lauby Jörg Lorenz Caroline Riesterer Hanspeter Rees Johannes Rösch Martin Rudiger Daniel Schneider Eugen Schreiner Stefan Winterhalter Ewald Zink
	4. Protokollführer:	Ralf Kaiser
	5. Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	Gudrun Leimroth Michael Martin, OV

Es fehlten entschuldigt: Dr. Patrick Rapp

nicht entschuldigt oder aus anderen Gründen: -, -

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.40 Uhr

Nachfolgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

1. **Bekanntgaben** (keine Vorlage)
2. **Umbau Schule Zastler, hier: Vergabe weiterer Gewerke**
3. **Eigenbetrieb Wasserversorgung, hier: Haushaltsplan 2017**
4. **Kindergartenbeiträge, hier: Erhöhung zum 1. September 2017**
5. **Jahresrechnung 2015, hier: Beschluss**
6. **Haushalt 2017, hier: weitere Beratung**
7. **Verschiedenes** (keine Vorlage)
8. **Frageviertelstunde** (keine Vorlage)

TOP 1 Bekanntgaben

Keine Bekanntgaben

TOP 2 Umbau Schule Zastler, hier: Vergabe weiterer Gewerke

Beratung:

Bürgermeister Vosberg erläutert, dass sich beim Baustellenbegang herausgestellt habe, dass auch die Fenster im UG einen neuen Anstrich bedürfen. Insofern liegt das Angebot des Gewerkes „Maler-Arbeiten“ über dem geschätzten Kostenrahmen.

Hier meinen einige Gremiumsmitglieder einem als Maler qualifizierten Bauhofmitarbeiter können die Malerarbeiten übertragen werden.

Der Vorsitzende verweist auf den Zeitplan und auch auf die Agenda des Bauhofes. Er wird die Möglichkeit jedoch prüfen.

Darüber, dass die Vergaben an den jeweilig günstigsten Bieter zu erfolgen haben, ist man sich im Gremium einig.

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung vergibt entsprechend der Vorlage die Gewerke an den jeweils günstigsten Bieter.

TOP 3 Eigenbetrieb Wasserversorgung, hier: Haushaltsplan 2017

Weitere Teilnehmer: Rechnungsamtsleiterin Gudrun Leimroth

Beratung:

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Klaus Vosberg die Rechnungsamtsleiterin Gudrun Leimroth und bedankt sich in diesem Zusammenhang für ihr auch über die übliche Dienstzeit hinausgehende Arbeit zwischen den Jahren, bezüglich der Zahlenwerke der Gemeinde, wie Haushaltsplan, Wirtschaftsplan, Jahresrechnung.

Sodann wird der Wirtschafts- und Erfolgsplan Wasser für das Haushaltsjahr 2017 vorgestellt.

Die gestiegenen Personalkosten-Zahlen ergeben sich daraus, dass auch anteilig Lohn-/Gehaltskosten aus der Verwaltung dem Eigenbetrieb zugerechnet wurden.

Die sich nun ergebende Unterdeckung wird im Laufe des Jahres eine Diskussion über die Höhe der Wassergebühren erforderlich machen. Hier steht eine Anpassung derselben im Raum.

Gemeinderat Rösch beanstandet, dass im Wirtschaftsplan keine Gelder für die Anbringung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Gebäudedach des Hochbehälters Vörlinsbach vorgesehen sind. Der Bürgermeister erläutert, dass manche Geräte über das Dach auszutauschen seien, z.B. der Filterkessel. Das Dach wurde entsprechend konstruiert, daher sei der Aufbau einer PV-Anlage hier nicht möglich.

Beschluss (einstimmig):

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasser für das Jahr 2017 wird wie vorgelegt und mit allen erforderlichen Anlagen beschlossen.

TOP 4 Kindergartenbeiträge, hier: Erhöhung zum 1. September 2017

Beratung:

Der Bürgermeister erläutert die vorgeschlagenen Elternbeiträge entsprechen den mit der katholischen Verrechnungsstelle und mit dem Kindergartenkuratorium abgestimmten Beitragshöhen. Neu ist die U3 Ganztagsbetreuung, die Ergebnis der Kindergartenbedarfsumfrage im November 2016 ist.

Gemeinderätin Julia Lauby, die die Gemeinde im Kuratorium vertritt, verweist auf die erhöhten Serviceleistungen des Kindergartens. Die hält die Gebührenanpassungen daher im Sinne einer höheren Gebühr für erweiterten Service für angemessen und wirbt für Verständnis.

Der Vorsitzende erläutert, dass man im Kindergarten Oberried nun mit den Gebühren eben nicht mehr im unteren Bereich liegt, sondern vielmehr im Landesdurchschnitt.

Gemeinderat Rösch regt an, bei Gebührenerhöhungsvorschlägen künftig die Auswirkungen auf die Einnahmeseite des Haushalts zu betrachten – bezogen auf ein Jahr und in Summe dargestellt.

Beschluss (einstimmig):

Die Elternbeiträge im katholischen Kindergarten St. Michael Oberried und Kindergarten Hofgrund werden wie folgt festgesetzt:

Erhöhung um 8% ab September 2017		Erhöhung um 15% ab Sept. 2017				NEU		
Kinder	RG	VÖ 13.30	VÖ 14.00	GT Gruppe	U 3	U3 VÖ 13.30	U 3 VÖ 14.00	U3 Ganztags
1 u.18	121	135	147	233	240	289	313	432
2 u.18	91	103	111	177	182	219	237	321
3 u.18	61	68	73	116	120	144	156	218
4 u.18	20	22	24	37	41	46	50,2	86

TOP 5 Jahresrechnung 2015, hier: Beschluss

Weitere Teilnehmer: Rechnungsamtsleiterin Gudrun Leimroth

Beratung:

Bürgermeister Klaus Vosberg erläutert das Zahlenwerk. Die Jahresrechnung schlägt hauptsächlich mit drei großen Abweichungen im Vergleich zum Planwerk zu Buche: 1. eine Mehrwertsteuernachforderung des Finanzamtes im fünfstelligen Bereich, 2. die notwendigen und vom Gemeinderat in Einzelbeschlüssen mitgetragenen Kostensteigerungen bei der Sanierung des alten Rathauses Hofgrund und letztlich dem Ausscheiden eines Beamten aus dem Dienst der Gemeinde Oberried, welches Versorgungsausgleichsleistungen an den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg nach sich gezogen hat. Entsprechende Mittel waren im Haushalt nicht eingestellt.

Bürgermeisterstellvertreter Rees sieht dies mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf und dem verabschiedeten Nachtragshaushalt 2016 als 3 malige Verkündung schlechter Nachrichten. Er fragt sich, ob die Gemeinde über ihre Verhältnisse lebe.

Gemeinderat Rösch regt an, dass man angesichts von erheblichen Neuinvestitionen in den vergangenen Jahren auch prüfen solle, inwiefern man sich von Immobilien trennen soll, die nun nicht mehr für die Erfüllung von Gemeindeaufgaben notwendig seien. Bürgermeister Vosberg stimmt Gemeinderat Rösch in diesem Punkt zu.

Auf die Ausführungen von Bürgermeisterstellvertreter Rees erwidert Bürgermeister Vosberg, dass die Mehrkosten für die Projekte jeweils in Einzelbeschlüssen bearbeitet worden seien, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren auf Ausweisung weiterer Kreditverpflichtungen verzichtet habe und stattdessen Verlustfortschreibungen erfolgt seien. Alles wurde also abgearbeitet. Ferner zeichne sich schon jetzt ab, ohne dass er genaue Zahlen nennen will, dass sich das Haushaltsjahr 2016 in der Jahresrechnung besser abzeichnet als im Haushaltsplan vorausszusehen war.

Ortsvorsteher Schreiner verweist auf mögliche Einsparungen, z.B. im Bereich des Umbaus der Schule Zastler, obwohl die Flüchtlingszahlen zurückgegangen seien. Man habe Chancen verpasst.

Gemeinderat Schneider empört sich, denn hier seien reichlich diskutierte Beschlüsse vollzogen worden. Den Gremiumsmitgliedern verpasste Chancen vorzuwerfen, halte er für konterproduktiv.

Gemeinderat Rösch meint, dass man künftig auch von der Darstellung in den Planansätzen gegebenenfalls wieder Reserven schaffen solle.

Beschluss (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Die Jahresrechnung 2015 wird mit allen Bestandteilen und Anlagen wie vorgelegt beschlossen.

Auf Wunsch von Ortsvorsteher Schreiner wird festgehalten, dass er der Jahresrechnung 2015 nicht zustimmt und daher mit Nein gestimmt hat.

TOP 6 Haushalt 2017, hier: weitere Beratung

Weitere Teilnehmer: Rechnungsamtsleiterin Gudrun Leimroth

Beratung:

Bürgermeister Vosberg verweist bei diesem Tagesordnungspunkt auf die erste Lesung am vergangenen Montag. Er betont, sollten künftig wieder Mittel übrig bleiben, sollten diese in die Rücklage fließen.

Gemeinderat Schneider ergreift das Wort im Namen der CDU-Fraktion und meint, dass aus dieser Sicht manche liebgewonnenen Posten auf den Prüfstand müssten.

Konkret spricht er an:

Der Winterdienst: Hier solle über Einsparmöglichkeiten und gegebenenfalls darüber gesprochen werden, inwieweit gewohnte Standards zurückgefahren werden können.

Als weiteren Beitrag wird es gesehen, wenn die Ortschaftspauschalen um ca. 30 % im Haushaltsjahr reduziert werden könnten.

Die Einsparungen im Straßenbau werden unterstützt, denn da solle lieber mal eine Straße richtig saniert werden, als ständig Geld in Flickenteppiche wegzuwerfen.

In Bezug auf die restlichen Kosten, kritisiert er, dass eben vieles nur über Kreditausgaben finanziert sei. Besser fände er es, wenn mit geäußerten Wünschen auch Finanzierungsvorschläge kämen.

Er regt an entsprechend anderer Tourismusregionen Mautregelungen für die Stollenbach- und Erlenbachstraße zu prüfen. Auch könne der Parkraum bewirtschaftet werden.

Ferner sollten die Friedhofsgebühren auf Kostendeckung geprüft werden. Darüber hinaus die Personalkosten Wald mit anderen Revieren verglichen werden.

Er bedankt sich bei Gemeinderat Jautz dafür, dass dieser aufgrund seiner Nachfrage zu den Vereinzuschüssen festgestellt hat, dass im Entwurf nicht benötigte Mittel für das Nordic Center eingeplant sind, die nun

entfallen und der Entwurf dadurch um die Förderung für den Schützenverein Zastler erweitert werden kann.

Gemeinderat Rösch regt an sich ein generelles Spargebot aufzuerlegen. Er empfiehlt hier eine pauschale Sparverpflichtung von 5 % des jeweiligen Ansatzes.

Gemeinderätin Lauby verweist darauf, dass die Ansätze seitens der Verwaltung vorbereitet seien und teilweise sowieso schon knapp sind. Sie votiert daher gegen eine weitere pauschale Kürzung, sozusagen die Gießkanne umgekehrt. Man solle punktuell vorgehen.

Ortsvorsteher Schreiner bietet an, die Ortschafts-Pauschale auf 0 € zu kürzen. Dem widersprechen jedoch die Vertreter der anderen Ortschaften. Sie erklären sich mit einer 30 %igen Kürzung einverstanden. Ferner beantragt Ortsvorsteher Schreiner die zusätzlich Hallenbestuhlung auf 0 € zu setzen. Denn man könne nicht einerseits Vereinen etwas streichen und andererseits sich selber die Bestuhlung gönnen.

Gemeinderat Geisenberger erkundigt sich danach, wo denn die alten Stühle geblieben sind, denn nach Sanierung der Halle ergab das Brandschutzkonzept eine Streichung von Tischgarnituren.

Gemeinderat Schneider sagt zu, dass er gegebenenfalls die Bestuhlung spenden würde, wenn die Ratskollegen diesen Betrag für eine aus seiner Sicht nötige Maßnahme streichen.

Ferner wird die Pauschale für die Schwimmbadkarte in Kirchzarten von Ortsvorsteher Schreiner hinterfragt, warum wird dann nicht z.B. die Liftkarte bezuschusst. Die anderen Ratskollegen sehen hier keinen erneuten Diskussionsbedarf

Somit lässt der Bürgermeister über folgende Anträge Beschluss fassen:

1. Beschlüsse:

- A. Die Ortschaftspauschale wird im Jahr 2017 gestrichen (der Antrag ist mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 4-Enthaltungen abgelehnt).
- B. Die Ortschaftspauschale wird im Jahr 2017 um 30 % gekürzt (der Antrag ist mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen angenommen).

- C. Der Zuschuss für die Schwimmbadkarte Kirchzarten wird gestrichen (der Antrag ist mit 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt).
- D. Bei der Haushaltsabwicklung erhalten die jeweils bewirtschaftenden Stellen die Vorgabe, 5 % des zur Verfügung gestellten Ansatzes nicht zu verausgaben. (der Antrag ist bei 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt).
- E. Der Ansatz für die Hallenbestuhlung wird gestrichen. (der Antrag ist mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt).

TOP 7 Verschiedenes

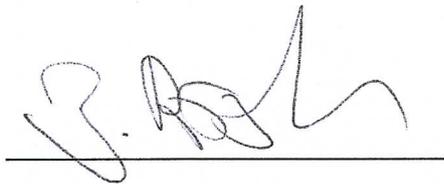
Gemeinderat Rudiger bittet die Verkehrssituation im Hörnegrund zu prüfen. Hier stehen Autos auf der Straße und gefährden den Verkehr.

TOP 8 Frageviertelstunde

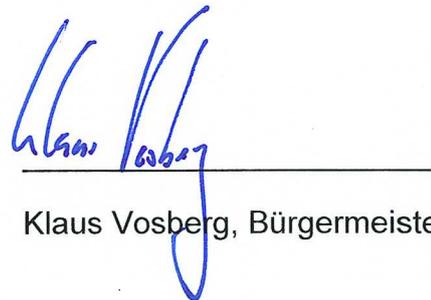
Herr Schlupf bedankt sich im Namen des Schützenvereins Zastler dafür, dass der Zuschussantrag die Zustimmung der Gemeinderäte fand.

Das Protokoll wurde dem Gemeinderat am 23.01.17 bekannt gegeben

Für den Gemeinderat:



Der Vorsitzende:



Klaus Vosberg, Bürgermeister



Der Schriftführer:



Ralf Kaiser, Ratsschreiber